

Pressemitteilung

Schulfach „Wirtschaft“: Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. begrüßt Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 16.6.2017 – Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte zeigt sich erfreut darüber, dass Christdemokraten und Liberale sich in ihrem Koalitionsvertrag zur Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen auf das Ziel einigen konnten, ein Schulfach „Wirtschaft“ an weiterführenden Schulen einzurichten. Nun seien weitere Bundesländer am Zug, so der Verband.

Bereits 2012 untermauerte der bdivb seine Forderung, die ökonomische Alltagskompetenz der Bürgerinnen und Bürger und die Vermittlung ökonomischer Sachverhalte mit Hilfe eines eigenen Pflichtschulfachs „Wirtschaft“ in der Sekundarstufe I und II zu stärken, durch die öffentliche Verabschiedung einer Resolution.

„Dass ökonomische Themen bislang in der überwiegenden Mehrzahl der Bundesländer lediglich als Randaspekte anderer Fächern vermittelt werden, obwohl sie die Basis für mündige Wahlentscheidungen darstellen und in Zeiten des Freihandels, der Globalisierung und der Digitalisierung immer wichtiger werden, darf nicht hingenommen werden“, so Peter Herrmann, Präsident des bdivb. Herrmann weiter: „Wir sind sehr froh, dass nach Baden-Württemberg nun auch Nordrhein-Westfalen den richtigen Weg beschreitet und hoffen, dass dieser Schritt Bedenken in anderen Bundesländern zerstreuen und den Weg zur bundesweiten Einführung des Schulfachs ‚Wirtschaft‘ frei machen wird.“

Dass Schüler kurzfristig in den Genuss des neuen Schulfachs „Wirtschaft“ kommen, sieht der bdivb indes nicht. Nach Einschätzung des Verbandes wird es mindestens ein bis zwei Jahre dauern, die Inhalte für das Fach zu beschließen und das Lehrpersonal bereitzustellen. Daher hält der Verband den Druck aufrecht: „Wir werden die Arbeit der Koalition in NRW genau und kritisch beobachten – und jederzeit gern unterstützen“, so Herrmann.

Wer sich für das Fach Wirtschaft an deutschen Schulen aussprechen möchte, den ruft der bdivb zur Unterzeichnung einer Online-Petition auf. Mehr als 3.500 Menschen haben das Anliegen bereits mit ihrer Unterschrift unterstützt. Zu erreichen ist es über die bdivb-Homepage (www.bdivb.de) oder direkt auf der Plattform OpenPetition.

Über den bdivb: Der 1901 in Berlin gegründete unabhängige Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. vertritt über die Teildisziplinen hinweg die Interessen aller Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland in Studium und Beruf. Als anerkannter und größter Wirtschaftsakademikerverband unterstützt er die interdisziplinäre Diskussion über ökonomische Themen und bietet ein Forum für den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Der bdivb kooperiert mit in- und ausländischen Partnerverbänden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Kontakt:
Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdivb)
Florastr. 29, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-371022, E-Mail: info@bdivb.de